

Diese Zeitung erscheint jede Woche Samstags. Preis vierteljährlich durch die Postbezogen 1,10 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreizehnpalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postkontokonto Nr. 358 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. S. Meyer & Co., beide in Hannover.

Redaktionsstempel: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Cameron, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover, M. Raffenanplatz 3. Fernsprechanzeige 2 28 41 und 2 28 42.

Tarifrecht, Arbeiterschutz, Koalitionsrecht sind durch die Reaktion bedroht! Gewerkschafter, wählt sozialdemokratisch!

Die organisierte Arbeiterschaft gegen Lohnabbau und Kaufkraftvernichtung durch den Papen-Plan.

In einer großen öffentlichen Kundgebung nahmen der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund am 18. Oktober 1932 in Berlin erneut gegen die reaktionären wirtschafts- und lohnpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung Stellung. Sie präzisierten ihre Kampfstellung gegen die arbeiterschädigende Politik der Regierung Papen in folgender

Entscheidung:

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung krankt an inneren Widersprüchen. Die Regierung will die Deflation bekämpfen und den Binnenmarkt beleben, senkt aber die Löhne und Gehälter. Sie will die Produktion steigern und Arbeit beschaffen, erschwert aber durch die Konfingentierungspolitik die industrielle Ausfuhr und zerstört vorhandene Arbeitsmöglichkeiten.

Diesen Widersprüchen des Wirtschaftsprogramms entspricht sein unsozialer Geist. Die Rechte und Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter und Angestellten werden den Wünschen der Landwirtschaft und Großindustrie geopfert. Nachdem das Einkommen der Arbeitnehmer bereits auf ein unerträglich niedriges Maß gesenkt worden ist, werden Löhne und Gehälter erneut unter Druck gestellt. Während Industrie und Landwirtschaft Steuererleichterungen erhalten, wird die Lebenshaltung der Arbeitnehmer durch den Kurs der Handelspolitik und die Erhöhung von Massensteuern erneut belastet. Während die Rechte der Arbeitgeber erweitert werden, unterhöhlt man das Tarifrecht und zerstört damit die Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts. Die Regierung nutzt zugleich ihre Rückstellung dazu aus, um die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften zu lähmen.

Die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober sind für die Arbeiterschaft unerträglich.

Die erzwungene Lohnsenkung steht im Widerspruch zu den Erklärungen des Reichspräsidenten, wonach „der Lebensstandard der Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt“ bleiben soll. Die Gewerkschaften fordern daher von der Reichsregierung, die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober aufzuheben.

Durch die krasse Ungerechtigkeit der Regierungsmassnahmen ist bereits eine tiefe Erbitterung und Enttäufung ins Volk getragen. Diese Politik schafft immer neue Unruhe und zerstört damit die Voraussetzung für eine Belebung der Wirtschaft. Eine Regierung, die das Lebensrecht der Arbeiterschaft mißachtet, setzt sich mit der Mehrheit des Volkes in Widerspruch. Ihr fehlt das Vertrauen des Volkes, das allein echte Autorität begründet.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß der Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft zugleich der ganzen deutschen Wirtschaft dient.

Alle Sozialpolitik, die auf das Wohl der arbeitenden Klasse abgestellt ist, die der Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pflege der Massenkaukraft die Voraussetzung für die Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes schafft, ist Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes. Man kann die Krisis nicht dadurch überwinden, daß man den Arbeitswillen läßt und sich nur auf die Initiative der Unternehmer verläßt, sondern allein mit dem Einsatz aller verfügbaren Mittel durch die öffentliche Hand.

Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften die Abkehr von überlebten Wirtschaftsformen und die Einleitung einer Neuorganisation der Wirtschaft mit dem Ziele planmäßiger Wirtschaftsführung.

Die Gewerkschaften, so fuhr Tarnow fort, seien sich über die Wichtigkeit einer Arbeitszeitverkürzung klar. Sie hätten den Arbeitern immer gesagt, daß sie im Interesse der Arbeitslosen dieses Solidaritätsoffer auch dann auf sich nehmen sollten, wenn ein Lohnausgleich zur Zeit nicht gegeben werden kann. Aber nun habe der Wochenlohn auch bei vielen vollbeschäftigten Arbeitern eine Stufe erreicht, wo es kaum noch möglich sei, einigermaßen das Leben zu fristen. Nun sei es schon sehr viel schwerer geworden, den vollbeschäftigten zuzumuten, nochmals 17 Prozent ihres Lohnes zu opfern. Wenn dazu noch statt eines Lohnausgleiches ein weiterer Abzug bis zu 10 Prozent auf Grund der Lohnsenkung komme, wenn von einem ganz unzulänglichen Einkommen bis zu 27 Prozent geopfert werden sollen, dann müsse man verstehen, daß selbst unter dem Gesichtspunkt der weitestgehenden Solidarität ein solches Opfer den Arbeitern nicht mehr zugemutet werden könne. Die Bestimmung der Notverordnung, daß sogenannte gefährdete Betriebe Anspruch auf eine Lohnsenkung bis zu 20 Prozent haben, müsse zur Zerschlagung der kollektiven Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse führen, wobei noch der brutale Arbeitgeber, der seine Betriebe ausgekämmt hat, durch Lohnabbau und Einstellungsprämien belohnt, und der wirklich soziale Arbeitgeber, der den Versuch machte, seine Arbeiter durchzuhalten, bestraft wird. Die Arbeiterschaft sei erbittert, weil sie wisse, daß sie allein und mit empörender Ungerechtigkeit zu Opfern herangezogen werde, die nicht nur untragbar, sondern für die Wirtschaftsbelebung entbehrlich und geradezu hemmend seien.

Der Anschlag auf das Arbeitsrecht.

Kärpel vom ADGB führte dazu unter anderem folgendes aus: In den lohnpolitischen und sozialpolitischen Bedenken der Gewerkschaften gegenüber dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung kommen Bedenken gegen die Eingriffe der Reichsregierung in die Rechtsstellung der Arbeiter im Staate sowie in das Tarifrecht und in das Arbeitsrecht. Der Artikel 165 Absatz 1 der Reichsverfassung betont die Anerkennung der Arbeiter als Staatsbürger, Gleichberechtigung der Arbeiterklasse gegenüber den Arbeitgebern, Anerkennung der Gewerkschaften als berufene Vertretung der Arbeiterklasse und Anerkennung des Tarifvertrages als Mittel zum Ausgleich der Interessen zwischen Arbeiterklasse und Arbeitgebern zur Förderung, Wahrung und Erhaltung des Wirtschaftsfriedens. Es kann nicht bestritten werden, daß die gegenwärtige Reichsregierung in diese Grundrechte der Arbeiter entscheidend eingegriffen hat. Daß sich die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit dagegen wenden, ist geradezu selbstverständlich. Nach wie vor besteht bei der Verminderung der Tariflöhne auf Grund der Notverordnung vom 5. September 1932 auch die Kampffreiheit. Die Gewerkschaften halten sich an die von ihnen abgeschlossenen Tarifverträge gebunden, aber eben nur an den verbindlichen Inhalt dieser Tarifverträge. Gegenüber anderen, nicht dem Tarifinhalt entsprechenden Abmachungen gibt es keine Friedenspflicht.

Die Reichsregierung hat erklärt, Tarifvertrag und Schlichtungswesen sollen erhalten bleiben. Das stimmt nicht überein mit dem vor Erlaß der Notverordnungen abgegebenen Erklärungen der Reichsregierung. Denn hiernach sollte die Verbindlichkeitsklärung nur noch in seltenen Ausnahmefällen Anwendung finden. Die Arbeitgeber haben darüber hinaus sogar die Beseitigung des Schlichtungswesens überhaupt gefordert.

Maßgebend ist für die Gewerkschaften allein, daß Tarifverträge, die nicht einmal mehr Mindestlebensbedingungen gewährleisten, und ein Schlichtungswesen, das nur gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist, für die Arbeiterschaft ohne Interesse sind.

Mit ihren Maßgaben hat die Reichsregierung das heute für den Interessenausgleich zwischen Arbeiterklasse und Arbeitgeber geradezu unerlässliche kollektive Arbeitsrecht gefährdet. Damit ist aber zwangsläufig die Erhaltung des Wirtschaftsfriedens selbst gefährdet.

Es sei aber ein verhängnisvoller Irrtum der Reichsregierung, wenn sie glaube, daß 20 Millionen deutscher Arbeiter sich widerstandslos zu Sklaven machen lassen würden.

Glänzende Agitationserfolge.

Weder Wirtschaftskrise noch Massenarbeitslosigkeit und Massenelend können die Werbekraft der gewerkschaftlichen Idee auf die Dauer beeinträchtigen. Die begeistertsten Verkünder dieser Idee, die leidenschaftliche und doch planvolle Werbearbeit für unseren Verband zeitigen täglich neue Erfolge. Hier eine lange Ehrenliste erfolgreicher Zahlstellen. Es gewannen:

Gronau-Alfeld vom 24. August bis 12. September	36,
Hagen i. Westf. im September	75,
Kürnberg im 3. Quartal	77,
Reunlingen in vierwöchiger Hausagitation	22,
Schlenfingen im Oktober	21,
Sonneberg im 3. Quartal	30,
Stolp im September/Oktober	111,
Tilfit im September	55,
Worms im 3. Quartal	37

neue Mitglieder für den Verband. Dank und Anerkennung allen Werbemännern und Helfern! Braucht es noch überzeugendere Beweise für die vielfachen Erfolgsmöglichkeiten der Agitation? Wer will in diesem edlen Weistreit, in dieser bitter notwendigen Ausbaurbeit für den Verband der Fabrikarbeiter zurückbleiben?

Der Verlauf der Tagung: Anklagen und Forderungen der Arbeiterführer.

Der Reichskanzler, der zu dieser Kundgebung eingeladen war, hatte keine Zeit. Dringende Geschäfte verhinderten ihn, den Wünschen und Beschwerden sein Ohr zu leihen, die ihm durch die berufenen Vertreter von 5 Millionen organisierter deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen vorgelesen werden sollten. Auf den Tagungen der Unternehmer und Landwirte hat der Herr Reichskanzler immer gern gesprochen. Aber die Anklagen und Forderungen der deutschen Arbeiterschaft werden trotzdem von ihrer Wirkung auf Volk und Öffentlichkeit nichts verlieren. Zunächst rechnete der Vorsitzende des ADGB, Theodor Leipart, mit den sinnlosen Behauptungen ab, die Gewerkschaften sabotierten mit ihrem Widerstand gegen den notverordneten Lohnabbau die Wiedereinstellung von Arbeitslosen. Die Gewerkschaften haben im Gegenteil ein brennendes Interesse daran, daß möglichst viele Arbeitslose wieder in Brot und Arbeit kommen. 40 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder seien arbeitslos, 22 Prozent arbeiteten verkürzt. Gegen die Sabotagegerüchte spreche wohl am besten die Tatsache, daß die Gewerkschaften schon seit Jahren um die Verkürzung der Arbeitszeit kämpfen.

Tarnow geißelt den Papen-Plan.

Das Hauptreferat erstattete Tarnow vom Holzarbeiterverband. Die Natur der gegenwärtigen Krise kennzeichnete er dahin, daß es Deutschland nicht an Produktionsmitteln und nicht an der Fähigkeit, zu produzieren, fehle; auch sei der Konsumbedarf nicht zurückgegangen. Aber die Kaufkraft für die Konsumgüter sei ständig gesunken und damit auch die Produktion. Auf diesen Erkenntnissen baue sich das Programm der Gewerkschaften für die Arbeitsbeschaffung auf, das einen Kreditbedarf von zwei Milliarden Mark vorsehe, um eine Million Arbeiter für ein ganzes Jahr zu beschäftigen. Man habe den Gewerkschaften entgegengehalten, ihr Programm müßte eine Inflation betraufbeschreiben. Nun sei das Papen-Programm die Verteilung von 2,2 Milliarden Mark Steuererleichterungen an die Unternehmer vor. Jedoch sei die Inflationsangst beschwichtigt und man höre nichts vom Inflationsgeschrei. Die Regierung nehme einfach an, man brauche den Unternehmern nur Geld zu geben, dann würden sie schon mehr arbeiten lassen. Die Arbeitgeber können aber nur mehr arbeiten lassen, wenn sie die Aussicht haben, auch mehr zu verkaufen. Diese Aussicht besteht heute angesichts des Lohnabbaus aber nicht. Die Gewerkschaften seien bereit, dem wirtschaftlichen Teil des Regierungsplans die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen. Die Gewerkschaften kennen das Elend und die grenzenlose Verzweiflung der Arbeitslosen zu gut, um sich Maßnahmen in den Weg zu stellen, von denen man hoffen könne, daß sie den Arbeitslosen

helfen. Die Gewerkschaften müssen sich aber leidenschaftlich dagegen wenden, wenn der Papen-Plan mit unerträglicher Härte in den Lebensstandard der Arbeiterschaft und in ihre sozialen Rechte eingreift. Der Reichskanzler stehe auf dem Standpunkt, daß alles, was den Unternehmern im Lande frucht, was zur Geschäftsbelebung und zur Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes führt, Sozialpolitik im besten Sinne des Wortes ist. Das sei einseitig. Die Gewerkschaften betonen demgegenüber: Alle Sozialpolitik, die auf das Wohl der arbeitenden Klasse abgestellt ist, die der Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pflege der Massenkaukraft die Voraussetzung für die Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes schafft, ist Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes.

Die Regierung könne unmöglich bestritten, daß sie Milliarden-geschenke an die Unternehmer verteilt habe, ohne die Gewähr zu haben, daß durch diese Geschenke mehr Arbeit beschafft wird. In diesen Milliarden-geschenken käme noch der Lohnabbau, der, ebenfalls wie die Subventionen, ohne jeden wirtschaftlichen Sinn sei. Es gäbe glücklicherweise auch viele Unternehmer, die sich schämen, diesen Lohnabbau vorzunehmen, und von maßgeblicher Arbeitgeberseite sei der Regierung deutlich gemacht worden, daß ein wesentlicher Unternehmerinteresse an dieser Lohnsenkung nicht vorliege. Tarnow beleuchtete weiter das Durcheinander und den wirtschaftlichen Widerstand im Papen-Programm. Der erfolgreiche Konkurrenz bekommen zu seinem geschäftlichen Vorteil staatliche Lohnzuschüsse und einen Tribut aus der Lohnkasse der Arbeiter. Die Regierung strebe damit Sand in den Mechanismus der kapitalistischen Konkurrenz. Tarnow führte weiter Beispiele an, wie grotesk sich die Aktion der Regierung ausgewirkt hat. Eine große Baufirma in München hat ihre in München beschäftigten Arbeiter entlassen, bezieht aber trotzdem Einstellungsprämie, weil sie draußen im Lande niedrig bezahlte Tiefbauarbeiter einstellt. Ein kleiner Baumunternehmer hat mit acht Mann bei dem Bau eines Hauses Arbeit für zehn Wochen. Nun stellt er zwei Mann mehr ein, wodurch sich die Arbeit auf acht Wochen verringert. Kein Stein mehr wird vermauert. Der Unternehmer wartet mit keinerlei Gegenleistung auf. Trotzdem erhält er Lohnprämie von 360 Mark und Prämien in Höhe von 154 Mark. Damit die Arbeiter zwei Wochen früher arbeitslos werden, macht die Regierung diesem Unternehmer ein Geschenk auf Grund einer Notverordnung, die die Abschritt trägt: Vermehrung und Erhaltung der Arbeitslegenheit. Die Lederfabrik Igenstein in der Niederlausitz beschäftigt 50 Mann, stellt 26 Personen ein und macht für zehn Stunden einen Lohnabzug von 50 Prozent. An Einstellungsprämien und Lohnabzügen gewinnt die Firma 363,40 Mark. Der gesamte Lohnabzug macht aber nur 72,72 Mark aus. Dazu hat die Firma noch 26 Arbeitskräfte, die ihr keinen Pfennig kosten usw.

Weisse Salbe.

Geringe Erhöhung der Unterstützungssätze.

Mit Zuckerbrot und Peitsche, aber mehr mit der Peitsche, muß das „Volk“ regiert werden. Die Peitsche der sozialen Reaktion, der Senkung der Unterstützungen, den Lohnabbau, hat das Volk nun reichlich gespürt. Nun wirft ihm die Regierung Papen auch einmal ein Zuckerstückchen hin. Reichskanzler v. Papen hat in einer seiner vielen Reden angekündigt, daß die Regierung beabsichtigt, für den kommenden Winter die Unterstützungssätze in den sozialen Versicherungen wieder zu erhöhen. Inzwischen ist eine diesbezügliche Verordnung erschienen.

Aber die Arbeiterschaft glaubt es Herrn v. Papen nicht, daß er nun mit einem Male soviel soziales Gefühl entwickelt wird. Das Wort vom „Wohlfahrtsstaat“, mit dem Schluß gemacht werden mußte, ist noch nicht vergessen. Und diese kaum nennenswerte Erhöhung der Sozialrenten — so kurz vor den Wahlen — erinnert in fataler Weise an das Freibier und an die Zigarren, die auch ostelbische Junker „ihren“ Arbeitern vor den Reichstagswahlen zukommen ließen. Für diese magere Taube auf dem Dache verkauft besonders die organisierte Arbeiterschaft ihr politisches Erstgeburtsrecht nicht, denn selbst, wenn wider alles Erwarten eine geringe Steigerung der Unterstützungssätze eintreten sollte, dann besteht doch immer noch die berückelte Bedürftigkeitsprüfung, die schon dafür sorgen wird, daß die höhere Unterstützung für die meisten ein schöner Traum bleibt. Die Arbeiterschaft sieht und kennt die harte Wirklichkeit der Papenschen Notverordnungen und quittiert dafür am 6. November mit einem sozialdemokratischen Stimmzettel!

Kampf gegen die Notverordnung der Regierung Papen.

In der Generalversammlung der Zahlstelle Hannover, die am Sonntag, dem 16. Oktober 1932, abgehalten wurde, hielt Kollege Karl Schmidt, Rechtssekretär beim Hauptvorstand, einen Vortrag über die Auswirkung der Notverordnung vom 4. und 5. September 1932. Schmidt gab einen kurzen Überblick über die rechtlichen Grundlagen dieser Verordnung. Eine starke Beunruhigung der Arbeiterschaft sei eingetreten, und Arbeitsniederlegungen seien die Folge gewesen. Kollege Schmidt behandelte dann noch die so oft von der Reichsregierung betonte Friedenspflicht. Er wies nach, daß die Unsicherheit im Tarifvertragsrecht durch die oft sich widersprechenden Urteile des Reichsarbeitsgerichts erst Boden gewonnen habe, und legte der Versammlung folgende Entschliebung vor, die einstimmig Annahme fand:

„Die Generalversammlung vom 16. Oktober 1932 der Zahlstelle Hannover des Verbandes der Fabrikarbeiter vertritt die Auffassung, daß die Notverordnung vom 5. September 1932 zur Vermehrung und Erhaltung von Arbeitsgelegenheiten gegen Gesetz und Recht verstößt. Die Notverordnung ist auch nach den Grundsätzen von Treu und Glauben unstatlich.

Eine Bestimmung, die ungesetzlich und rechtsunwirksam ist, braucht von niemandem respektiert zu werden. Die Generalversammlung fordert trotzdem, daß die Verordnung in allen ihren Teilen zurückgezogen wird. Der Hauptvorstand des Verbandes hat seit einem Jahrzehnt die jegliche Entwicklung des Arbeitsrechts, seinen Auf- und Abstieg wachsam verfolgt und auf den verschiedensten Tagungen dazu Stellung genommen.

Erst im Vorjahr wurde auf dem Verbandstag in München das Thema „Arbeitsrecht und Reichsarbeitsgericht im Lichte der Rechtsprechung“ behandelt. In der einstimmig angenommenen Vorstandsentschließung heißt es unter anderem:

Das Reichsarbeitsgericht hat durch grundlegende Entscheidungen in mehrfacher Beziehung die neuzeitliche Entwicklung des Arbeitsrechts gebremst. Es ist dadurch sogar die Zerstückelung des kollektiven Arbeitsrechts zu befürchten. Durch eine Gesetzesänderung muß der unsozialen Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts Einhalt geboten und diese in Bahnen gelenkt werden, die dem sozialen Geist und dem Zwecke der Gesetze Rechnung tragen. Im Interesse einer gesunden Rechtsprechung auf arbeitsrechtlichem Gebiete muß darum die Lösung von der Justiz erfolgen. Nur dadurch kann der Zwiespalt zwischen Rechtsprechung und Wirklichkeit beseitigt werden.

„Der Grund dieser Feststellung und der heutigen Ausführungen kommt die Generalversammlung zu dem Ergebnis, daß das Reichsarbeitsgericht durch seine von Anfang an geübte Rechtsprechung der nunmehr unhaltbaren Rechtsunordnung Vorschub leistete und ihr den Boden ebnete. Die Erkenntnis dieser Tatsache bedingt planmäßige Aufklärung und Schulung der Arbeiterschaft. Rechtskenntnis und Rechtsbewußtsein bilden die wichtigsten Waffen in einer Zeit, in der gesetzlich Tarifbruch und Verfassungsbruch geübt wird. Der Machtkampf muß für Volk und für kollektives Arbeitsrecht entscheiden.“

Die Generalversammlung verpflichtet die Delegierten, den Befreiungskampf in diesem Sinne unermüdet und mit Nachdruck zu führen.“

Gegen kapitalistische Ausbeutung und Mißwirtschaft kämpft die Partei des sozialistischen Aufbaues! Wählt Liste 2!

Die Verlustliste der Weltwirtschaftskrise.

Ein Todesurteil für den Kapitalismus.

Von Fritz Larnow.

Der bisherige Produktionsverlust in den drei Jahren ökonomischer Weltkrisen wird von Sachverständigen auf 250 bis 300 Milliarden Reichsmark geschätzt. Das ist eine frodene Zahl, aber was bedeutet sie, gemessen an dem Reichtum der Welt?

Diese 250 bis 300 Milliarden Krisenverlust sind sechsmal mehr als die sämtlichen Goldbestände der Welt und übersteigen das Dreifache der umlaufenden Geldmittel. Der Wert der sämtlichen Eisenbahnen der Erde, einschließlich allen rollenden Materials, bleibt dahinter zurück. Die Verlustsumme ist größer als der zehnfache Wert der gesamten Handelsflotte der Welt, mehr als zwölffach so groß wie der Gesamtwert der Post- und Telegrapheneinrichtungen, die den Erdball umspannen. Erst an diesen Vergleichen offenbart sich der grauig-grandiose Vernichtungskampf der kapitalistischen Krise gegen den Reichtum der Gesellschaft.

Wie sieht die Verlustbilanz in der deutschen Wirtschaft aus? Seht man die industrielle Produktion vom Mai 1929 = 100, so stand sie im Mai 1932 nur noch auf 55,2, ohne daß damit schon das Ende des Schrumpfungsprozesses erreicht worden wäre. Von Monat zu Monat ging es weiter herunter bis auf 49,1 im August.

Das Institut für Konjunkturforschung, das diesen Produktionsindex zusammenstellt, gibt dazu auch eine Übersicht in Geld gerechnet. Der Bruttowert der industriellen Produktion betrug 84 Milliarden Reichsmark im Jahre 1928 und — wenn der Rest des Jahres nicht noch eine weitere Verminderung bringt — rund 32 Milliarden im Jahre 1932. Ein Teil des Rückganges beruht allerdings auf dem Sinken der Preise; umgerechnet auf den Preisstand von 1928 würde sich „nur“ ein Verlust von 34 Milliarden Reichsmark ergeben.

Das gesamte jährliche Volkseinkommen, das ungefähr dem Nettowert der gesamtwirtschaftlichen Produktion entspricht, ist vom Konjunkturinstitut für die Zeit vor der Krise auf 76 Milliarden Reichsmark berechnet worden. Im Jahre 1932 dürfte es auf etwa 40 Milliarden Reichsmark kommen. Die höchste jährliche Reparationszahlung nach dem Dawesplan war auf 2½ Milliarden festgesetzt. Der Krisenbeitrag, den das deutsche Volk dem kapitalistischen System entrichten muß, beläuft sich in diesem Jahre auf das Vierzehnfache dieser Summe.

Das ist eine geradezu vernichtende Bilanz für den Kapitalismus. Dabei ist noch gar nicht abzusehen, wann die tiefste Stelle erreicht sein wird. Das Konjunkturinstitut ist schon bestrebt, feststellen zu können, daß wenigstens „Nacht des Abschwunges“ sich vermindert hat. Selbstverständlich muß sich das Tempo des Niederganges verringern, denn bis auf den Nullpunkt kann es nicht ganz heruntergehen.

Bemerkenswert ist die unterschiedliche Entwicklung zwischen der Erzeugung von Produktionsmitteln und derjenigen von Konsumgütern. Vom konjunkturellen Höchststande aus gemessen ist die erstere im Januar dieses Jahres auf 77,5 und dann bis August nur noch auf 36,8 gesunken. Die Verbrauchsgütererzeugung dagegen, die im Januar auf 63,6 stand, ist bis August noch weiter auf 63,2 herabgesunken. Das Konjunkturinstitut bemerkt dazu lakonisch:

„Damit wird allmählich das Mißverhältnis überwunden, das sich vor allem im zweiten Halbjahr 1931 zwischen dem Produktionsumfang der beiden Industriezweige herausgebildet hatte. Denn

ein so hoher Anteil der Verbrauchsgüter, wie er noch um die Jahreswende 1931/32 bestand, widerspricht den Erfordernissen einer hoch industrialisierten Volkswirtschaft wie der deutschen.“

Nun, der frontale Sturmangriff auf die Kaufkraft der breiten Massen, den der Papen-Plan unternommen hat, dürfte ja in dieser Beziehung seine Wirkung nicht verfehlen. Natürlich muß das „Mißverhältnis“ beseitigt werden. Es wäre aber eine zu einfache Auffassung von der Wirtschaft, wenn man sich vorstellen wollte, daß die Einschränkung in den Produktionsgüterindustrien durch eine Erweiterung des Verbrauchs und der Konsumgüterindustrien ausgeglichen werden könnte. Anpassung des Verbrauchs an die Armut der Produktionsausnutzung, das ist die kategorische Forderung des Kapitalismus.

Produktionsmittel können nicht mehr hergestellt werden, weil Deutschland und die ganze Welt damit weit über den Bedarf angefüllt sind. Ein übergroßer und moderner Produktionsapparat steht leistungsbereit zur Verfügung. Rohstoffe in überquellender Fülle verderben ungenutzt. Sieben Millionen Arbeitslose in Deutschland, 30 Millionen in der kapitalistischen Weltwirtschaft jagen vergeblich nach Beschäftigung.

Die kapitalistische Wirtschaft ist vollkommen desorganisiert. Die Automatik des Systems ist eingetrostet und die verzweifeltsten Bemühungen, das Getriebe wieder in Bewegung zu bringen, bleiben erfolglos. Selbst die Optimisten unter den bürgerlichen Ökonomen gehen in ihren Hoffnungen nicht weiter, als die Möglichkeit eines langsamen Wiederanstieges in absehbarer Zeit voranzusagen. Die Wahrscheinlichkeit, auch nur diejenige Wirtschaftshöhe wieder erklimmen zu können, die vor der Krise erreicht war, ist außerordentlich gering. Dagegen setzt sich in der Wissenschaft mehr und mehr die Auffassung durch, daß wir auf eine „lange Welle“ des wirtschaftlichen Abstieges geraten seien, die nur noch gelegentlich durch kurzfristige Aufstiegsperioden unterbrochen würde.

Die Frage ist nur, ob die Menschen bereit sind, diesen unwilligen langweiligen Abrutsch geduldig mitzumachen. Wie lange werden sie sich noch dem Wahnsinn unterwerfen, am Reichtum zu verelenden?

Wirtschaftssysteme verschwinden nicht von selbst. Sie müssen gestürzt werden, wenn die Zeit dafür gekommen ist. Und wahrlich, die Zeit ist überreif für den Sturz des Kapitalismus, für die sozialistische Organisation der Wirtschaft.

Die Sozialdemokratische Partei hat in enger Gemeinschaft mit den Gewerkschaften den Kampf für den Sozialismus als Gegenwartsaufgabe proklamiert. Die konkreten Forderungen des Umbauprogramms — Überführung der Schwerindustrie und der Großbanken in den Besitz der Gesellschaft, Enteignung des Großgrundbesitzes, Aufbau staatlicher Wirtschaftsmonopole, Errichtung einer zentralen Planwirtschaftsstelle — sind die Voraussetzungen für eine Neuordnung der produktiven Kräfte im Sinne einer planmäßigen Bedarfsdeckungsirtschaft.

Selbstverständlich hängt die Verwirklichung der sozialistischen Forderungen von der politischen Machtgestaltung ab, davon, daß die vom Kapitalismus Enterteten sich in einer politischen Willenseinheit zusammenschließen. Der Boden dafür ist die Sozialdemokratische Partei. Ihr gehören die gewerkschaftlichen Stimmen am 6. November!

„Feinde des deutschen Volkes!“

Selten ist eine überheblichere Äußerung aus dem Munde eines deutschen Staatsmannes gekommen, als sie Reichskanzler von Papen in seiner Münchener Rede, in der er auch die Verfassungsreform ankündigte, getan hat. Selten hat eine Äußerung eines deutschen Staatsmannes bei der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes größere Empörung hervorgerufen als jener Satz in der Münchener Rede, in dem Herr von Papen — kurzerhand alle deutschen Staatsbürger, die sich nicht einig und geschlossen hinter seine Außenpolitik stellen, als „Feinde des deutschen Volkes“ bezeichnet. Das ist immerhin ein starkes Stück von einem Reichskanzler, der zweimal den Reichstag auflöste, um dem sicheren Mißtrauensvotum der erdrückenden Mehrheit der Reichstagsabgeordneten zu entgehen, der sich nur auf eine hauchdünne, leider aber um so einflussreichere Schicht des deutschen Volkes stützt. Die wahren Feinde des deutschen Volkes sitzen ganz wo anders als etwa in der Arbeiterschaft, die sich gegen die Politik der deutschen Reichsregierung in der Ab- oder Aufrüstungsfrage, gegen die preistreibende, wirtschaftsschädliche Handelspolitik und gegen die sozialreaktionären Maßnahmen in gleicher Schärfe und Entschlossenheit wendet wie gegen die Pläne der Reichsregierung zur Reichs- und Verfassungsreform.

Die wahren Feinde des deutschen Volkes sind diejenigen, die den unheilvollen Weltkrieg verschuldeten und damit den Zusammenbruch Deutschlands herbeiführten, sie sitzen in den Reihen derjenigen, die die „herrlichen Zeiten“ von einst wieder haben möchten, sie sind bei denen, die Tag für Tag, Woche für Woche die kärgliche Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft noch mehr verschlechtern wollen, die in der furchtbaren Krise nichts Besseres oder vielmehr Schlimmeres zu tun wissen, als alle Schuld daran und alle Lasten daraus der Arbeiterschaft zuzuschieben. Feinde des deutschen Volkes sind ferner diejenigen, die mit wahrer Wollust den Bürgerkrieg, den planmäßigen, organisierten Mord an deutschen Volksgenossen vorbereiten, Feinde des Volkes sind nicht zuletzt diejenigen, die fortgesetzt die organisatorische Kraft der deutschen Arbeiterschaft zu schwächen und zu zersplittern suchen und damit den Reaktionen aller Schattierungen in die Hände arbeiten.

Es ist müßig, die unzähligen Verdienste, welche die organisierte deutsche Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, sich um Volk und Reich erworben hat, aufzuzählen. Das wissen unsere Gegner selbst nur zu gut, daß die organisierte deutsche Arbeiterschaft es war, die Deutschland vor dem Chaos bewahrt und wieder aufgebaut hat. Aber es ist nicht müßig, die deutsche Arbeiterschaft auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die ihren sozialen Errungenschaften, ihren Organisationen, ihrer Freiheit und ihrer Lebenshaltung drohen, wenn der Geist, der aus den letzten Äußerungen des Reichskanzlers spricht, noch mehr Macht über Deutschland und das deutsche Volk gewinnen sollte, als es leider schon der Fall ist. „Feinde des deutschen Volkes!“ Nun wissen wir es, wie die vielen arbeiterschädigenden Maßnahmen der Regierung der nationalen Konzentration zu erklären sind: Die Arbeiter wurden als Feinde angesehen.

Aber wie sagt das Sprichwort: Liebe erzeugt Gegenliebe! Welcher Art diese Gegenliebe der organisierten Arbeiterschaft sein wird, zeigt sich am 6. November in einer Sturmflut sozialdemokratischer Stimmzettel!

Wahlmanöver der Nazis.

Die Nationalsozialisten nach italienischem Muster für den Streik.

Die Nationalsozialistische Partei ist durch die „überlegene Strategie“ ihrer Führer in eine so unmögliche Lage hineingemantriert worden, daß diese fetsame „Arbeiterpartei“ dies-

mal ohne die finanzielle Unterstützung der Großindustrie in den Wahlkampf ziehen muß. Diese Wendung der Dinge hat in der Führung solche Verwirrung angerichtet, daß man aus Verzweiflung „marxistisch“ geworden ist: man setzt sich offen für den - wie man früher sagte - „die Nation vergiftenden Arbeitskampf“ ein und versucht sogar da und dort, Streiks aktiv zu fördern. Es gibt jedoch nichts Neues unter der Sonne: genau so war es vor Jahren in Italien.

Auch dort waren die Unternehmer mit ihrer Gunst gegenüber den Faschisten lange Zeit schwankend. Noch im Jahre 1923 hat deshalb der Faschismus privaten Besitz

enteignet und Streiks gefördert. All dies hörte jedoch gründlich auf, als sich der Faschismus sicher an der Macht fühlte. 1926 wurde verfassungsmäßig jeglicher Streik verboten, und der faschistische Staat wurde zu einem Staat, in dem die Kapitalisten befehlen und die Arbeiter zu gehorchen haben.

Die Arbeiterschaft wird auf dieses plumpe Wahlmanöver nicht hereinfallen. Sie hat die Worte Straßers: „Jehn Gesetze heben den ganzen Dreck auf, Streikende werden erschossen“ noch nicht vergessen und weiß, was sie von dem Scheinsozialismus der Nazis zu halten hat.

Erst der Mensch, dann die Wirtschaft.

Die Gegner der Sozialpolitik bilden heute eine geschlossene Phalanx. Sie sind sich darüber einig, daß der Mensch hinter der Wirtschaft zurückzutreten habe. Man sieht durch die Brille einer solchen Wirtschaftspolitik den Arbeiter, namentlich den, der infolge Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität usw. von der Allgemeinheit unterstützt werden muß, als ein notwendiges Übel an.

In der Front der Sozialreaktionäre finden sich die verschiedensten „Interessengruppen“ zusammen. Voran die Unternehmer, die in der Hauptsache aus materiellen Gründen Gegner der heutigen Sozialpolitik sind. Ihnen zur Seite stehen liberale Individualisten alten Schlages, die grundsätzliche Gegner einer von Staats wegen betriebenen und geförderten Sozialpolitik sind. Wieder eine andere Gruppe ist der Meinung, daß in einer Zeit, wo die Wirtschaft als Ganzes vollständig daniederliege, die Leistungen der Sozialpolitik notwendigerweise eine Beschränkung erfahren müssen. Zu dieser Kampffront gegen die Sozialpolitik treten als letzte jene konservativen Elemente, die gegen den Wohlfahrtsstaat wettern und im Grunde Anhänger einer patriarchalischen Fürsorge der Reichen sind.

Die Gegner der Sozialpolitik stimmen weitgehend darin überein, daß der Mensch um der Wirtschaft willen und nicht die

Wirtschaft um der Menschheit willen vorhanden ist. In Wirklichkeit ist der Mensch das Maß aller Dinge. Die Wirtschaft, wie sie von den meisten verstanden wird, ist zum Herrn über die Menschheit geworden. Der amerikanische Staatsmann Owen Young hat vor einigen Jahren einen Artikel veröffentlicht, der folgende Wahrheiten zum Ausdruck brachte:

„Wir müssen begreifen, daß Politik und Wirtschaft nicht die Herren der Menschen sind, sondern ihre Diener. Die Leiter beider aber denken oft und handeln auch manchmal so, als ob die Menschen bloß das Material für ihre politischen und wirtschaftlichen Mühlen wären. Ich betrachte Wirtschaft und Politik in keinem Sinn als Ziele um ihrer selbst willen. Hinter ihnen stehen vielmehr Millionen menschlicher Antlitz, junge und alte, wohlhabende und bedürftige, wohlthätige und egoistische, edle und mißgünstige, doch alle nicht nur in ihrer wirtschaftlichen, sondern auch in ihrer kulturellen und geistigen Entwicklung lebhaft berührt durch diese Organisationen, die politischen wie die wirtschaftlichen, die sie sich selber auferlegt haben. Solange diese in ihrem Sinne wirken, können wir Fortschritte machen, und die Vorteile, welche die Kultur uns gebracht hat, erneuert. In diesen Tagen einer sich verengenden Welt können die Menschen nicht in solche geschiedenen werden, denen es gut geht, und in solche, denen es schlecht geht; es kann nicht der eine vorwärtsstreiten und der andere zurückbleiben. Die Menschen müssen in allem zusammenhalten, im Guten und im Bösen. So müssen ihre Dienerinnen, Politik und Wirtschaft, zusammengehen, und zwar nicht bloß in einem Lande, sondern überall.“

Wenn jeder Politiker nach solchen Anschauungen handeln würde, gäbe es keinen Streit darüber, ob der Mensch oder die Wirtschaft den Vorzug verdient. Die moderne Zeit hat die menschliche Gesellschaft in ein Chaos verwandelt, weil das Besitztum allem anderen übergeordnet ist. Zwei Schichten stehen sich in jedem Lande heute schärfer denn je gegenüber: die eine, die die Produktionsmittel besitzt und in ihrem Sinne anwendet, und die andere, die in dieser Hinsicht besitzlos ist und sich deshalb gegenüber der anderen in ein wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis begeben mußte. Die Gewerkschaften sind geschaffen worden, um die Schwäche der besitzlosen Klasse durch Zusammenfassung aller Kräfte auszugleichen. Der einzelne unter den Besitztlosen ist gegenüber jenen, die die Produktionsmittel besitzen, vollständig machtlos. Nur organisatorisch verbunden mit seinen Klassen-genossen bildet er eine Macht, mit deren Hilfe er sich im Daseinskampf behaupten kann.

Die Gewerkschaften sehen in dem Menschen das höchste Gut der Wirtschaft, zu dessen Gunsten alles andere zurückzutreten hat, und zwar nicht den Menschen schlechthin, sondern jene Gruppe, die nach dem Worte von Adam Smith mit ihrer Hände Arbeit die „Grundlage des Wohlstandes der Nationen“ bildet. Wirtschaft und Politik sind nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck oder, wie Owen Young sagt, Dienerin der Menschheit. Da aber Wirtschaft und Politik zugleich Machtmittel sind, muß die Arbeiterklasse versuchen, sich diese Macht zu verschaffen. In einem demokratischen Lande geschieht dies dadurch, daß die Hand- und Kopfarbeiter über das Parlament den Staat zum Wohle der arbeitenden Klasse zu lenken versuchen. Daneben muß das Bestreben dahin gehen, die Wirtschaft maßgebend zu beeinflussen durch die Gewerkschaften und eine mit staatlichen Machtmitteln gestützte Sozialpolitik. Wenn sich alle Arbeiterinnen und Arbeiter in diesem Gedanken zusammenschließen, würde die herrschende Anschauung, daß die Wirtschaft dem Menschen übergeordnet ist, bald überwunden sein. Der 6. November wird die Gewerkschaften an der Seite der Sozialdemokratischen Partei finden, die mit ihnen den Sozialismus, also Wirtschaft im Dienste und zum Heile der Menschheit, erstrebt.

Frauen und Mütter! Stimmt für die Liste der Freiheit und des Friedens! Wählt Sozialdemokraten!

Zerstörung der Wirtschaft durch Autarkie und Kontingentierungen.

Nazis und Agrarier haben den Landwirten seit Jahren vorgegaukelt, daß die Abschürfung jeglicher Einfuhr, die Autarkie, zu einer Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse führen wird. Um der Landwirtschaft zu beweisen, daß sie ebensogut oder womöglich noch besser als Hüter für die Erhöhung der Preise zu sorgen versteht, führt die Papen-Regierung jetzt die Kontingentierung, d. h. die mengenmäßige Beschränkung der Einfuhr, durch und zerschlägt damit unsere Außenhandelsbeziehungen.

Einige Zahlen beweisen es. Im vergangenen Jahr betrug der Wert der Nahrungsmittel, deren Einfuhr jetzt kontingentiert werden soll, 707 Millionen Reichsmark oder 10,5 v. H. unserer gesamten Einfuhr. Bei einer ganzen Reihe von Ländern, und zwar gerade bei unseren Nachbarländern, ist der Anteil der Kontingentsware an der Gesamteinfuhr aber viel größer. So besteht die Einfuhr aus Dänemark zu 59 v. H., aus den Niederlande zu 58 v. H., aus Holland zu 32 v. H., aus Polen zu 22 v. H. und aus Italien zu 20 v. H. aus Kontingentswaren. Aber auch andere Länder werden von der Kontingentierung in starkem Maße betroffen. Die Länder, deren Einfuhr nach Deutschland durch die Kontingentierung am stärksten verringert wird, kaufen von der deutschen Industrie aber mehr Waren, als sie nach Deutschland verkaufen. Im Jahre 1931 kauften:

- Dänemark von Deutschland für 388 Millionen Reichsmark, verkaufte aber nur für 183 Millionen Reichsmark,
- Holland von Deutschland für 955 Millionen Reichsmark, verkaufte aber nur für 384 Millionen Reichsmark,
- die Niederlande von Deutschland für 203 Millionen Reichsmark, verkauften aber nur für 129 Millionen Reichsmark,
- Polen von Deutschland für 141 Millionen Reichsmark, verkaufte aber nur für 111 Millionen Reichsmark,
- Italien von Deutschland für 341 Millionen Reichsmark, verkaufte aber nur für 268 Millionen Reichsmark.

Alle europäischen Länder, deren Einfuhr von der Kontingentierung betroffen wird, kauften Waren im Werte von 4173 Millionen Reichsmark von Deutschland, während sie an Deutschland nur Waren im Werte von 1890 Millionen Reichsmark verkauften. Deutschland verkauft also mehr als das Doppelte von dem, was die anderen Länder nach Deutschland einführen, und hat damit das stärkste Interesse, alles zu vermeiden, was zur Verringerung des deutschen Industrieerports führen könnte.

Was tut aber die Papen-Regierung? Sie verringert mit der Kontingentierung die Einfuhr um etwa 170 Millionen Reichsmark und erreicht damit nicht etwa, daß die Lage der Landwirtschaft gebessert wird, sondern daß alle Länder, die Agrarerzeugnisse nach Deutschland einführen, aber gleichzeitig die besten Kunden unserer Exportindustrie sind, ihren Bedarf an Industrieerzeugnissen nicht mehr in Deutschland, sondern in England, Frankreich oder Amerika decken. Wegen einer Verringerung unserer Einfuhr um 170 Millionen Reichsmark werden die Exportinteressen der deutschen Industrie aufs Spiel gesetzt. Es ist damit zu rechnen, daß unsere Einfuhr um 1 bis 2 Milliarden Reichsmark sinkt. Die natürliche Folge sind weitere Stilllegungen in der Exportindustrie, damit erneutes Anwachsen der Arbeitslosigkeit um mindestens eine halbe Million. Mit der Steigerung der Arbeitslosigkeit sinkt

aber auch die Kaufkraft der Arbeiterschaft für Nahrungsmittel, so daß die Landwirtschaft ebenfalls nur Nachteile aus dieser unsere Außenhandelsbeziehungen zerstörenden Politik der Papen-Regierung zieht. Kontingentierung und Agrarautarkie sind die besten Mittel, die Verelendung des deutschen Volkes zu verewigen.

Chemische Industrie

Optimismus bei I. G. Farben.

Der neueste Vierteljahrsbericht der I. G. Farbenindustrie zeigt trotz der herrschenden Wirtschaftskrise das gewohnte günstige Bild. Über die einzelnen Produktionszweige wird gesagt, daß die Schrumpfung des Absatzes in Farben und Färbereihilfsprodukten in den Sommermonaten eingetreten hat. Im September ist eine bedeutende Besserung im europäischen und überseeischen Geschäft festzustellen. Dieser Vorgang hängt sicherlich mit der in letzter Zeit bemerkbaren stärkeren Nachfrage nach Textilerzeugnissen zusammen.

Der Absatz in Chemikalien hielt sich nicht ganz auf dem Stand des zweiten Vierteljahres. Der Monat Juli hat jedoch gegenüber August eine Besserung gebracht, die sich auch im September fortsetzte. Allem Anschein nach ist auf diesem Produktionsgebiet der Tiefstand überwunden.

Der Absatz von Stickstoffdüngemitteln ist im dritten Vierteljahre 1932 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um etwa 10 Prozent gestiegen. Die Erzeugung konnte dementsprechend erhöht werden. Der Hauptanteil des erhöhten Absatzes entfiel auf den inländischen Verkauf. Die Ursache dieses erhöhten Inlandumsatzes ist vornehmlich darin zu suchen, daß das Reich gemeinsam mit den Dünger-Syndikaten für den Herbstbezug eine Ausfallbürgschaft übernommen hat. Der Gesamtexport des Stickstoffdüngers bewegte sich im normalen Rahmen, war aber etwas höher als im Vorjahre. Die zwischen dem deutschen Stickstoffsyndikat und den anderen europäischen Stickstoffproduzenten im Juli d. J. abgeschlossenen Verträge lassen eine Besserung der Verhältnisse auf dem Weltstickstoffmarkt erhoffen. Im Absatz des technischen Stickstoffes ist ebenso wie schon im zweiten Vierteljahre 1932 im dritten Vierteljahr keine Verminderung eingetreten. Gewisse Anzeichen lassen auf eine, wenn auch bis jetzt noch unwesentliche, Erhöhung des Inlandgeschäftes schließen.

Die Benzolproduktion im Leunawerk wurde auf der Basis von 100 000 Tonnen je Jahr weitergeführt. Die Kohlenlieferungen von Volkenroda blieben auch im abgelassenen Vierteljahr weit hinter den Erwartungen zurück. Es standen aber genügende Mengen Leer und anderes Öl zur Verarbeitung zur Verfügung. Der Abschluß der Konvention zwischen den verschiedenen deutschen Import- und Vertriebsfirmen läßt eine Befriedigung des deutschen Marktes erhoffen (auf Kosten der Verbraucher), dessen Notierungen bis vor kurzem infolge heftiger Preiskämpfe einen nie erreichten Tiefstand aufwiesen.

Im Juli d. J. wurden fast alle in Betracht kommenden amerikanischen Firmen Leihhaber der „Hydro Patents Co.“, das ist die Gesellschaft, die 1930 durch die Standard I. G. Co. gegründet wurde, mit der Aufgabe, die Hydrierverfahren in den Vereinigten Staaten zu verwerfen.

Die Verkaufsgemeinschaft Pharmazie und Pflanzenschutz hatte weiterhin vor allem im Auslandsgeschäft mit ausgedehnten Verkaufshindernissen zu kämpfen. Die von verschiedenen Ländern getroffenen handelshemmenden Maßnahmen erfahren statt einer Erleichterung eine weitere Verschärfung. Daher zeigt sich in einer Reihe von Ländern gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ein rückläufiger Umsatz.

Auf dem photographischen Gebiet hat die saisonmäßige Belebung für Deutschland weiter angehalten. Wesentlich unterstützend wurde diese Belebung durch Maßnahmen zur Anregung des gesamten deutschen photographischen Geschäfts sowie durch die günstige Witterung. Gegenüber dem zweiten Vierteljahre ist eine Abflachung zu verzeichnen. Auch der Vergleich mit dem dritten Vierteljahre des Vorjahres zeigt eine leichte Steigerung. Devisenerschwernisse, Kursverfall und Zollschuß beeinträchtigen das photographische Exportgeschäft.

Auf dem Gebiete der Kunstseideindustrie hat sich eine gewisse Belebung gezeigt, die aber nach Ansicht der Firma nicht

ausreicht, um denselben Absatz wie im dritten Vierteljahre 1931 zu erzielen. Die Exportmöglichkeiten haben sich nicht gebessert. Die Außenleiter treten immer mehr in Erscheinung, wodurch die Preise beeinflusst werden.

Neben diesen Schilderungen der Wirtschaftslage der einzelnen Produktionsarten macht die I. G. Farbenindustrie in ihrem Bericht auch Ausführungen allgemeiner wirtschaftspolitischer Natur, die erkennen lassen, daß die I. G. Farbenindustrie in erster Linie gegen den Antritt einer Wirtschaftsaufstauung kämpft, den sie als stark exportierende Industrie am meisten zu spüren bekommt. Namentlich die Papenschen Kontingentierungsmaßnahmen scheinen der chemischen Großindustrie nicht gut zu bekommen. Die I. G. berichtet, daß trotz der Fortdauer und teilweisen Verschärfung der Hemmung des internationalen Güterauskaufes durch weitere Zollserhöhung, Einfuhrverbote, Kontingente und Devisenbewirtschaftung die rückläufige Tendenz im Export auf verschiedenen Arbeitsgebieten des Unternehmens gegen Ende des dritten Vierteljahres aufgehört hat. Es sind sogar gewisse Ansätze zur Belebung festzustellen. Nach Ansicht der Firma würde zweifellos eine internationale Rückkehr zu vernünftigen handelspolitischen Maßnahmen die Überwindung der Wirtschaftskrise wesentlich beschleunigen.

Die Ankündigung der deutschen Kontingente hat sich auf den nordischen Märkten verheerend ausgewirkt, daß nach dem Bericht der I. G. Farben durch die dort entstandenen Absatzverluste die Vorteile der natürlichen Belebung ausgeglichen wurden. Im Inlande ist eine leichte Belebung festzustellen. Wenn die Firma weiterhin sagt, daß die Wiederkehr der Unternehmungslust und des Vertrauens auf eine übersehene konsequente Wirtschaftspolitik sich vorteilhaft bemerkbar machen, so scheint uns das mehr eine Reverenz, „Anstandsverbeugung“, vor der Regierung Papen zu sein, denn beim Studium des Berichtes drängt sich unwillkürlich die Auffassung auf, daß die I. G. nach ihrer eigenen Aussage durch die Papenregierung eher verloren als gewonnen hat.

Wenn weiterhin gesagt wird, daß die Frage, inwieweit auf Grund der Notverordnung Neueinstellungen im größeren Umfang erfolgen werden, noch nicht geklärt ist, so haben wir wenig Hoffnung auf solche Maßnahmen. Uns ist bekannt, daß Direktor Bosh selbst erklärte, daß mit wesentlichen Neueinstellungen nicht zu rechnen ist, weil die Arbeiterzahl bereits vor den Notverordnungen dem technischen Stand des Unternehmens angepaßt wurde.

Die „Bergwerkszeitung“ versucht diesen Bericht der I. G. Farbenindustrie zu einer Stimmungsmache über den Aufstieg der Wirtschaft durch die Papenverordnung aufzupuzeln. Dazu ist im Bericht der I. G. Farben kein Anlaß gegeben, er zeigt nur das leicht schwankende günstige Bild einer trotz Wirtschaftskrise gesunden Industrie, das wesentlich besser aussehen könnte, wenn die Verwaltung nicht Grund hätte, mit Rücksicht auf die Klagen der deutschen Unternehmer Zurückhaltung zu üben. K. Segerer.

Papier-Industrie

Koffheimer Papierfabrik.

Die zum Verein Zellstoffindustrie AG. gehörende Zweigniederlassung Koffheimer Zellulose- und Papierfabrik AG. in Mainz-Koffheim verlangte vor einiger Zeit von ihrer Arbeiterschaft die Zustimmung zu einem außertariflichen Lohnabbau von 20 Prozent. Da die Belegschaft sich mit diesem Lohnabbau nicht einverstanden erklären konnte, beantragte der Verein für Zellstoffindustrie die Stilllegung seines Koffheimer Werkes. Diese wurde genehmigt. Das Vorgehen des Vereins für Zellstoffindustrie veranlaßte die Gruppe des Arbeitgeberverbandes für den Lohnbezirk Hessen-Hessen-Nassau zur Kündigung des Bezirkslohntarifvertrages mit dem Ziele, die Tariflöhne weiter abzubauen. Der vom Arbeitgeberverband angerufene staatliche Schlichtungsausschuß fallte einen Lohnabbau-Schiedspruch. Der Arbeitgeberverband beantragte die Allgemeinverbindlichkeit desselben. Der dadurch herbeigeführte Lohnabbau beträgt im Rahmen der Bezirks-tariflöhne rund 2,5 Prozent.

Die Koffheimer Zellulose- und Papierfabrik beantragte beim Schlichter auf Grund der Notverordnung als gefährdeter

Betrieb einen weiteren Lohnabbau. Auch diesem Wunsch...

Nach Wiedereröffnung des Betriebes hat die Firma einen...

Im „Wochenblatt für Papierfabrikation“, Nr. 42, vom...

Wir bemerken ausdrücklich, daß in Koffheim kein Mangel...

Obwohl die Firma Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist...

Wir verweisen ferner darauf, daß sich die Firma seit...

Wenn die aus Mainz zugewandenen Mitteilungen richtig...

Die Firma soll fernerhin dem Magistrat der Stadt Mainz...

Daraus ergibt sich, daß weder für die in Mainz und Um...

Wir müssen es unter solchen Verhältnissen unseren Kollegen...

Eine Kritik über das Verhalten der Firma, auf der einen...

Nahrungsmittel-Industrie

Industriejubilare,

die auch an die Arbeitererschaft denken.

Die Margarinefabrik Wagner & Co. in Elmshorn feierte...

Die Firma hatte aber bereits vor einigen Jahren einen...

Für die Arbeitererschaft, die bei der Firma tätig ist...

Man kann der Auffassung sein, daß die Firma doch nur einen...

Aber auch sonst bemüht sich die Firma, mit ihrer Arbeiter...

In letzter Zeit vertriehen einige Wichtigtuer, die Sitzen...

Verschiedene Industrien

Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter in der Arbeitslosenversicherung.

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung...

Die zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung...

Im übrigen ist die Verpflichtung von Hausgewerbetreibenden...

Nach Artikel 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom...

Seit dem 1. November 1931 ist von der Reichsanstalt die...

Die Berufs- und Betriebszählung vom 18. Juli 1925 hat...

Dr. Erwin Ramicz hat im „Reichsarbeitsblatt“, Heft...

Man stelle sich vor: 275 000 Hausgewerbetreibende und...

Berichte aus den Stahlstellen.

Bonn. R.O.O. Strategie. Mit viel Geschrei und nicht...

Mundschau.

Fürsichtlichkeit auf der „Arbeitsuche“.

Sie suchen natürlich standesgemäße „Arbeit“ und wollen...

„Papen, Schleider, Hindenburg und er, der Erkrönprinz...

Nach den Erklärungen der Reichsregierung handelt es sich...

Verbandsnachrichten.

Die Abrechnung für das 3. Quartal haben eingeleitet:

- Gau 1: Delmold, Bronau, Lehrte, Obernkirchen, Rinteln, Stadfeld...

Literarisches.

„Urania“. Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft...